

Kiel, 26.09.2003

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 26 – Gewerbesteuer

Klaus-Peter Puls:

Gegen Unternehmenslobby – für Kommunalinteressen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich zweimal mit der Reform der Gemeindefinanzen befasst. Auf Antrag der rot-grünen Regierungsfractionen, unterstützt durch den SSW, hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, im Interesse unseres Landes und seiner Kommunen den bisher vorliegenden Plänen der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform im Bundesrat nicht zuzustimmen und statt dessen auf Bundesebene darauf hinzuwirken,

1. dass die Gewerbesteuer als Grundlage kommunaler Besteuerung der ortsansässigen Wirtschaft erhalten bleibt,
2. dass die anstehende Gemeindefinanzreform durchgehend an den bundesweiten Forderungen der Städte und Gemeinden ausgerichtet wird und
3. dass die neue Gemeindefinanzreform durch die Einbeziehung der Freiberufler und den verstärkten Einbau gewinnunabhängiger Elemente wie Mieten, Zinsen, Pachten insgesamt zu einer wirklich tragfähigen Basis für verlässliche und möglichst konjunkturunempfindliche kommunale Einnahmen gemacht wird.

Alle drei Punkte wurden von der Landtagsopposition abgelehnt. CDU und FDP wollen die Gewerbesteuer als eigenständige gemeindliche Steuerquelle gänzlich abschaffen: Das ist unternehmenslobby-hörig und kommunalinteressen-blind.

Der Antrag der rot-grünen Regierungsfractionen auf konsequente Umsetzung des Modells der kommunalen Spitzenverbände wurde mit den Stimmen von Rot, Grün und SSW angenommen. Die Landesregierung hat den Beschluss umgesetzt und für das Land Schleswig-Holstein einen Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht, der den Forderungen der kommunalfreundlichen Landtagsmehrheit voll inhaltlich und voll umfänglich entspricht.

In Berlin haben sich am vergangenen Mittwoch 1.600 Bürgermeister aller Parteien für die von uns gemeinsam mit der Landesregierung geforderte Stärkung der Gewerbesteuer ausgesprochen. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) appellierte an die Länder, dem von Schleswig-Holstein vorgelegten Gesetzentwurf im Bundesrat zuzustimmen. Die Kieler Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) sagte ebenfalls in Berlin: „Der Weg der Landesregierung ist der richtige.“ – Und: „Oberste Priorität haben die Kommunen, und nicht die Parteipolitik.“ – Diese Auffassung teilen wir.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung steht heute auf der Tagesordnung des Bundesrates: Wir hoffen, dass im wohl verstandenen und wohl begründeten Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden nicht nur unseres Bundeslandes auch CDU-geführte Landesregierungen die schleswig-holsteinische Initiative unterstützen.

Wir jedenfalls danken der Landesregierung für ihre prompte bundesparlamentarische Aktivität, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.